



Dr. Roy Kühne
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kühne: "Das Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz (HHVG) muss umfangreich durchleuchtet werden"

Berlin, 02.09.2016
Bezug: HHVG

Dr. Roy Kühne, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Wilhelmstr. 60
Raum: Raum 4.21
Telefon: +49 30 227-79187
Fax : + 49 30 227-70188
roy.kuehne@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Kurze Str. 2
37154 Northeim
Telefon: +49 5551 9088899
Fax: +49 5551 9088910
roy.kuehne@bundestag.de

www.dr-roy-kuehne.de

Der Entwurf des HHVGs, den die Bundesregierung am 30. August vorgelegt hat, strebt weitreichende Verbesserungen für das Gesundheitssystem an. Gleichzeitig irritieren die letzten Änderungen des Gesetzes durch das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), die die ohnehin brisante Situation der Heilmittelerbringer nur verschärfen würden. Der Berichterstatter für Heil- und Hilfsmittel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Roy Kühne sieht deswegen Nachholbedarf.

Das Modellvorhaben Blankoverordnung, das den Therapeuten erlauben soll selbst über die Auswahl, Dauer und Frequenz der Behandlungsmethode zu entscheiden, soll auf drei Jahre begrenzt eingeführt werden. "Ich fordere deshalb von Beginn an klar definierte Regularien, um eine umfangreiche Datenlage erzielen zu können", so Dr. Roy Kühne. Weiter sagt er: "ich rufe die Bundesländer auf, länderübergreifende Modellprojekte zu starten um eine möglichst umfangreiche und übereinstimmende Datenlage zu erzielen". Darüber hinaus ist das BMG aufgefordert, halbjährlich die Zwischenergebnisse zu evaluieren, um nachjustieren zu können, falls nötig. Andererseits laufe das Modellvorhaben Gefahr, keine konkreten Ergebnisse erzielen zu können. Damit wären drei Jahre Modellvorhaben umsonst. „Aus den offensichtlich nicht ausreichenden Ergebnissen der Modellklausel sollten wir lernen“ fordert Roy Kühne.

Besonders die Einschränkung der Laufzeit der Entkopplung der Grundlohnsumme für Therapeuten sieht Roy Kühne sehr kritisch: "Die Therapeuten unterlagen in den vergangenen Jahren oftmals einer negativen Lohnentwicklung, die Inflationsrate ist hier noch gar nicht mit einberechnet." Kühne verweist auf die zurückgehenden Ausbildungszahlen und die hohe finanzielle Belastung durch das Schulgeld, die das Berufsfeld zunehmend unattraktiver werden lassen. Besonders vor diesem Hintergrund ist eine höhere Vergütung unabdingbar. "Die Deckelung der Entkopplung auf drei Jahre muss abgeschafft werden" alles andere wäre "kein Zeichen von Ehrlichkeit", so der Abgeordnete.



Das Gesetz wird in den kommenden Wochen in den Deutschen Bundestag eingebracht. "Ich freue mich, dass dieses Gesetz jetzt unser Haus erreicht und ich es gemeinsam mit meinen Kollegen intensiv begleiten kann. An verschiedensten Stellen gibt es Nachbesserungsbedarf, den ich mit aller Kraft im Sinne eines gerechteren und zukunftsfähigeren Gesundheitssystems angehen werde" so Roy Kühne abschließend.